

**SCHULVERFASSUNG UND
SCHULVERWALTUNG
in Österreich und in Europa**

von

Dr. Markus Juranek

Band I

Das österreichische Schulrecht



Verlag Österreich

Wien 1999

Inhaltsverzeichnis

Band I

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	35
Was Sie alles erwartet - Eine Einführung	43
1. Was wäre, wenn es kein Schulrecht gäbe.	43
£ Ein Themenüberblick	45
3. Von der Unmöglichkeit wissenschaftlicher Methodenreinheit	48
4. Am Anfang bereits auf das Ganze.	49
*£ Ein Beitrag für eine gerechte Schule.	51

h *

I. Kapitel: Geschichte und Menschenrechte als Wurzeln der österreichischen Schulverwaltung

i-

1. Von Maria Theresia bis zur Märzrevolution 1848.	54
\2, Eine Zeit rascher Veränderungen: 1848 bis 1867.	59
<3. Die Dezemberversfassung 1867.	62
čš 3.1. Die Reichsvertretung.	63
I.: 3.2. Die Regierungs- und Vollzugsgewalt	63
{ • 3.3. Die allgemeinen Rechte der Staatsbürger	64
14. Neue Formen der Schulverwaltung nach 1868.	66
l 4.1. Das Ministerium für Cultus und Unterricht	66
l; 4.2. Die Landesschulbehörden	67
H 4.3. Die Bezirks- und Ortsschulräte.	69
tS. Die Entwicklung von 1918 bis 1945.	69
p», 5.1. Die Schulverwaltung in der jungen Republik 1918 bis 1933.	69
g 5.1.1. Das Ringen um den Wiener Stadtschulrat	73
f* 5.1.2. Die Bundesverfassungsnovelle 1929.	74
vJ. 5.1.3. Sondersituation im Burgenland.	75
f^ 5.2. Die autoritäre Gestaltung der Schulverwaltung im Ständestaat (1933-1938).	77
?<. 5.3. Die Zerschlagung der demokratischen Schul Verwaltung (1938- ö: .. 1945).	78
\d< Die Neuordnung der Schulverwaltung nach 1945.	79
§_ * 6.1. Die Wiedereinsetzung	79
6.2. Erste Neuregelungen.	81
C?• Der Geist der Schulgesetze von 1962.	84
7.1. Beseitigung des Provisoriums.	85
ff, 7.2. Kompromiß und Ausgleich.	86
fX, 7.3. Wahrung der Einheitlichkeit in der Vielfalt.	87

7.4.	Privatschulen	88
7.5.	Zweiter Bildungsweg	89
7.6.	Quorenschutz	89
7.7.	Der Geist des Zentralismus und der Großen Koalition	90
8.	Gibt es eine Weiterentwicklung der Schulverwaltung nach 1962?	91
8.1.	Die Konstanz der äußeren Verwaltungsstrukturen	91
8.2.	Die Einrichtung der Schulreformkommission	92
8.3.	Veränderungen in der zentralen Schulverwaltung	92
8.4.	Ein großer Reformbereich: Die Hochschul Verwaltung	93
8.5.	Innere Strukturen in Entwicklung	93
8.6.	Das Spannungsfeld zwischen inneren und äußeren Strukturen	94
9.	Ausweitung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Bildungsbereich	95
9.1.	Verstärkung des Grundrechtsschutzes durch die Menschenrechtskonvention	96
9.1.1.	Die Weiterentwicklung der Grundrechtssituation	96
9.1.2.	Das erste regional-supranationale Rechtsschutzsystem	97
9.1.3.	Der Schüler als Grundrechtsträger	98
9.2.	Unterrichtsfreiheit, Recht auf Bildung und Elternrecht	101
9.2.1.	Der Grundsatz der Unterrichtsfreiheit	102
9.2.2.	Das Recht auf Bildung	103
9.2.3.	Das Elternrecht	104
9.2.4.	Gemeinsame Elemente von Bildungs- und Elternrecht	106
9.3.	Weitere grundrechtliche Begrenzungen der österreichischen Schulpolitik	107
9.3.1.	Vereins- und Versammlungsfreiheit	108
9.3.2.	Kommunikationsfreiheit	109
9.3.3.	Freiheit der Wissenschaft	111
9.3.4.	Freiheit der Kunst	111
9.3.5.	Freiheit der Berufswahl und der Berufsausbildung	112
9.3.6.	Religiöse Freiheitsrechte	113
9.3.6.1.	Glaubens- und Gewissensfreiheit	113
9.3.6.2.	Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgesellschaften	115
9.3.6.3.	Die Sonderstellung der katholischen Kirche	117
9.4.	Minderheitenrechte im Schulwesen	118
9.4.1.	Artikel 19 Staatsgrundgesetz 1867	118
9.4.2.	Minderheitenschulartikel im Staatsvertrag von St. Germain	119
9.4.3.	Artikel 7 Staatsvertrag 1955	120
9.4.4.	Die Minderheitenschulgesetze	124
9.4.5.	Minderheitenschutz als Wertentscheidung	125
9.5.	Allgemeine Grundrechtswirkungen im Schulwesen	126
9.5.1.	Verfahrensgrundrechte	126
9.5.2.	Gleichheits- und Sachlichkeitsgebot	127
9.5.2.1.	Vertrauensschutz, Willkürverbot und Verhältnismäßigkeitsprinzip	129
9.5.2.2.	Die hauswirtschaftliche Berufsschulpflicht für Mädchen in Vorarlberg	130
9.5.3.	Schutz der persönlichen Freiheit sowie Verbot unmenschlicher Behandlung	131
9.5.4.	Gleicher Zugang zu öffentlichen Ämtern	133

9.5.5.	Achtung des Privat- und Familienlebens.	134
9.5.6.	Freizügigkeit und Freiheit des Aufenthaltes.	135
9.5.7.	Schutz des Brief- und Fernmeldegeheimnisses.	135
9.5.8.	Eigentum.	135
9.5.9.	Datenschutz.	136
9.6.	Die Hüter der Grundrechte.	138
9.6.1.	Der Verfassungsgerichtshof.	138
9.6.2.	Rechtsschutzeinrichtungen der Menschenrechtskonvention.	139
9.6.3.	Europäischer Gerichtshof.	140
9.7.	Grundrechte als Bildungsauftrag.	143
	Die wichtigsten Rechtsquellen des Schulrechtes.	144

II. Kapitel: Schule und Schulverwaltung

!	1. Ein Einstieg in die Begriffsbildung.	149
I'	1.1. Das staatsbildende Element „Kultur“.	149
**	1.2. Schule als Teil der Kultur.	150
	1.3. Kulturverfassungsrecht.	150
	1.4. Kulturhoheit im Bundesstaat.	151
f .	1.5. Bildungs(verfassungs)recht.	152
	1.6. Schulverfassung.	152
	1.7. Schulverwaltung und Kulturverwaltung.	153
i	1.8. Universität und Hochschule.	154
•	1.9. Erwachsenenbildung und „sonstige Erziehungswesen“.	156
k	1.10. Kindergarten und Hort.	156
> *	1.11. Schüler- und Studentenheime.	157
	1.12. Schulwesen im engeren Sinn.	158
J	1.13. Schulverwaltung.	158
> •	1.14. Schulrecht.	159
T'	1.15. Innere und äußere Schulangelegenheiten.	160
⊢	1.16. Minderheitenschulrecht.	160
80.	Der Begriff der Schule in den Rechtsnormen.	161
«*•	2.1. Schule als Alltagsbegriff.	161
fr ^s	2.2. Das Fehlen einer Verfassungsdefinition.	162
R	2.2.1. Schule aus dem Blickwinkel der Versteinerungstheorie.	162
tß\	2.2.2. Interpretationshilfe aus dem Staatsgrundgesetz 1867.	164
	2.2.2.1. Schule als Unterrichts- und Erziehungsanstalt.	164
14 > ?	2.2.2.2. Die „privaten“ schulischen Einrichtungen von Gebietskörper-	
c{	schatten.	165
TU	2.2.2.3. Häuslicher Unterricht.	167
S<•'	2.2.3. Ein Rechtssatz über pädagogische und erzieherische Ziele.	168
Ot	2.3. Einfachgesetzliche Elemente einer Schuldefinition.	169
il	2.3.1. Schulcharakteristika imPflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz...	169
J:•	2.3.2. Schulessentialia im Privatschulgesetz.	170
V.	2.3.2.1. Schulraum und Schulausstattung.	170

2.3.2.2.	Eine Mehrzahl von Schülern	171
2.3.2.3.	Gemeinsamer Unterricht versus Fernunterricht	171
2.3.2.4.	Lehrziel und Lehrplan	172
2.3.2.5.	Die Lehrkraft	173
2.3.2.6.	Vermittlung von Fertigkeiten	173
2.3.2.7.	Erziehungsziel	173
2.3.3.	Orientierung an § 2 Schulorganisationsgesetz	175
2.3.4.	Ein einheitlicher Schulbegriff	177
2.3.5.	Priesterseminare	177
3.	Schulrechtsrelevante Begriffe aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht	178
3.1.	Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts	179
3.1.1.	Das Wesen der juristischen Person im allgemeinen	179
3.1.2.	Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts	180
3.1.2.1.	Die Hauptarten	181
3.1.2.2.	Die Rechtsträger	182
3.1.3.	Verwandte Organisationsformen	183
3.1.3.1.	Die öffentliche Unternehmung	183
3.1.3.2.	Das öffentlich-rechtlich beliehene Unternehmen	184
3.1.3.3.	Der Verwaltungshelfer	184
3.1.3.4.	Die relativ unabhängige Verwaltungseinheit	185
3.2.	Rechts- und Handlungsfähigkeit von juristischen Personen	185
3.3.	Organisationsgewalt von Rechtsträgern	186
3.4.	Das Legalitätsprinzip	189
3.4.1.	Der rechtsstaatliche Gehalt des Legalitätsprinzips	189
3.4.2.	Legalitätsprinzip, besonderes Gewaltverhältnis und besonderes Rechtsverhältnis	191
3.4.2.1.	Abschied vom besonderen Gewaltverhältnis	191
3.4.2.2.	Die uneingeschränkte Gesetzesbindung	192
3.4.2.3.	Ein besonderes Rechtsverhältnis	193
3.4.3.	Das Fehlen eines Individualanspruches auf gesetzmäßigen Unterricht	194
3.4.4.	Legalitätsprinzip und Organisationsgewalt	195
3.5.	Dienststelle, Behörde, Amt	197
3.5.1.	Die unterschiedliche Qualität der Schulverwaltungsorgane	197
3.5.2.	Die Behörden in der Schulverwaltung	198
3.5.3.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	199
3.6.	Weisung als Führungsinstrument	200
3.6.1.	Weisung als Abgrenzungsmerkmal	201
3.6.2.	Der verfassungsrechtliche Begriff der Weisung	203
3.6.3.	Die Abgrenzung von Rechts- und Verwaltungsverordnung am Beispiel der Zuständigkeiten der Schulratskollegien	204
3.6.4.	Wesentliche Elemente einer Weisung	205
3.6.5.	Der Begriff des Vorgesetzten	207
3.6.6.	Ablehnung der Befolgung einer Weisung	208
3.6.7.	Weisungsgebundenheit von Kollegialorganen	210
3.6.8.	Die Weisung im kooperativen Führungsstil	211
4.	Schule als Anstalt und Behörde	211
4.1.	Der Anstaltscharakter der Schule	212

4.1.1.	Der Begriff der Anstalt	212
4.1.2.	Selbständige oder unselbständige Anstalt	213
4.1.3.	Das Schulrechtsverhältnis als Anstaltsnutzungsverhältnis	216
4.1.3.1.	Der Anstaltsträger	216
4.1.3.2.	Ein bedingter Aufnahmeanspruch	217
4.1.3.3.	Parteistellung von Schülern und Erziehungsberechtigten	218
4.1.3.4.	Die Anstaltsgewalt	218
4.2.	Der Behördencharakter der Schule	219
4.2.1.	Geltung der Grundprinzipien der Staatsfunktion Verwaltung	219
4.2.2.	Hoheitliche Befugnisse der Schule	220
4.2.2.1.	Entscheidungskompetenz und Befehlsgewalt schulischer Organe	220
4.2.2.2.	Bescheidcharakter, Rechtskraft und Bindungswirkung schulischer Entscheidungen	220
4.2.2.3.	Ausstellen von öffentlichen Urkunden	223
4.2.2.4.	Verordnungskraft schulischer Organe	224
j"	4.3. Die Schule als neue „Schulbehörde erster Instanz“	226
iS.	Privatwirtschaftsverwaltung und Schule	226
fin	5.1. Der Anteil der Privatwirtschaftsverwaltung an der Schulverwaltung	226
f	5.2. Abgrenzung Hoheitsverwaltung - Privatwirtschaftsverwaltung	227
h*	5.3. Gesetzliche Determinierung der Privatwirtschaftsverwaltung	231
7.	5.4. Das Bundesfinanzgesetz	232
	5.5. Das Rücksichtnahmegebot	233
CS	5.6. Drittwirkung und Fiskalgeltung der Grundrechte	235
	5.6.1. Mittelbare Drittwirkung	236
\$/?•'	5.6.2. Kontrahierungszwang	237
}••	5.7. Weitere Verfassungsbindungen der Privatwirtschaftsverwaltung	239
	5.8. Handlungsformen der Privatwirtschaftsverwaltung	240
Mt	Das Privatschulrecht	240
INS:	6.1. Abgrenzung der öffentlichen und privaten Schulen	240
	6.1.1. Der gesetzliche Schulerhalter	241
	6*1.2. Kompetenzrechtliche Bedeutung der Abgrenzung	241
	6.1.3. Allgemeine Zugänglichkeit von Privatschulen öffentlich-rechtlicher Trägerschaft	243
	0.2. Gleichartigkeit oder Gleichwertigkeit der Privatschule	244
	6.3. Verleihung von Berechtigungen und anderen Rechtswirkungen	247
	§3.1. Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und geregelter Schulartbezeichnung	248
SÜ3.2.	Statutschulen	249
β&3.	Privatschulen als öffentlich-rechtlich beliehenes Unternehmen	250
10133.1.	Der Rechtscharakter der beliebhenen Privatschule	251
NJ&33.2.	Weisungsgebundenheit der beliebhenen Privatschule	252
MfiC	Subventionierung von Privatschulen	253
	Aufsicht über die Privatschulen	257
	Privatschulähnliche Einrichtungen im Berufsreifepfegungsgesetz	259
kl.	Vorbereitungslehrgänge und Teilprüfungen an einer Erwachsenenschule	259
^6.2.	Die Fachakademie	260

6.7.	Vor- und Nachteile der Privatschule	262
7.	Schulverwaltung als Fiskal-, Leistungs-, und Vorsorgeverwaltung	263
7.1.	Die Vielfalt staatlichen Handelns	263
7.2.	Elemente der Eingriffs-/Ordnungsverwaltung auch in der Schule ..	265
7.3.	Schule braucht Fiskalverwaltung	265
7.4.	Leistungsverwaltung in der Schule	267
7.5.	Schule als Teil der Vorsorgeverwaltung	268
7.6.	Die Vielgesichtigkeit der Schul Verwaltung	269

III. Kapitel: Schulautonomie und innere Schulverwaltung

1.	Dezentralisierung - Deregulierung - Regionalisierung - Autonomisierung - Selbstverwaltung	271
1.1.	Dezentralisierung	271
1.2.	Deregulierung	272
1.3.	Regionalisierung und Föderalisierung	273
1.4.	Autonomie und Selbstverwaltung	276
1.4.1.	Der Begriff der Selbstverwaltung	276
1.4.2.	Der Begriff der Autonomie	277
1.4.3.	Weisungsgebundenheit und Weisungsfreiheit in der Selbstverwal- tung	279
1.4.4.	Weitere charakteristische Elemente von Selbstverwaltungseinrich- tungen	280
1.4.5.	Was bedeutet Selbstverwaltung oder Autonomie für die Schule?... 281	281
2.	Veränderungen in der Schul Verwaltung seit 1991 oder das Werden der österreichischen Schulautonomie	284
2.1.	Der Anfang des Reformweges	284
2.2.	Schulautonome Lehrpläne	285
2.2.1.	Schulautonome Lehrplanbestimmungen an allgemeinbildenden Schulen	286
2.2.2.	Schulautonome Lehrplanbestimmungen an berufsbildenden Schu- len	287
2.2.3.	Schulautonome Lehrplan- Sparkürzungen	289
2.2.4.	Die „Tiroler Landhauptschule" als schulautonome Möglichkeit... 289	289
2.3.	Schulautonome Klassenteilungen und „Lehrerwochenstunden- kontingente"	290
2.3.1.	Schuleigene Entscheidungen über die Schulorganisation	290
2.3.2.	Die Lehrerwochenstunden-Kontingente	291
2.4.	Bewegung in den Schulzeitregelungen	292
2.5.	Neue Regelungen für Schul Veranstaltungen	293
2.6.	Dezentralisierung in der Budgetverwaltung des Bundes	294
2.6.1.	Anweisungsermächtigung für Landesschulräte und Bundesschulen... 294	294
2.6.2.	Neuordnung der Investitionsplanung für Bundesschulen	295
2.7.	Die zweckgebundene Gebarung für Bundesschulen	297
2.7.1.	Die Ermächtigung zur Schulraumüberlassung	297

2.7.2.	Schul sponsoring und andere Drittmittel	298
2.8.	Das Schulgesetzkpaket 1996	300
2.9.	Das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige	304
2.9.1.	Deregulierung im SchUG-B.	305
2.9.2.	Dezentralisierung im SchUG-B.	307
2.9.3.	Autonomisierung im SchUG-B.	308
2.10.	Erste schulische Mitwirkungsrechte im Lehrerdienstrecht und in der Leiterbestellung.	309
2.11.	Die Teilrechtsfähigkeit	311
2.11.1.	Der Umfang der Teilrechtsfähigkeit	311
2.11.2.	Die teilrechtsfähige Einrichtung als juristische Person.	313
2.11.3.	Haftung in der Teilrechtsfähigkeit	314
2.11.4.	Schenkung an eine Schule unter „Auflage“.	316
2.11.5.	Die „Teilrechtsfähigkeit“ als Vollrechtsfähigkeit	317
2.12.	Flexibilisierung bei Unterrichtsmitteln und Schuleingangsphase...	318
2.12.1.	Die Schulbuchreform 1998.	318
2.12.2.	Schulstufenwechsel in einer variablen Grundstufe I.	319
2.12.3.	Leistungsbeurteilung mit Ziffern und Beschreibung.	320
2.13.	Rechtliche Qualifizierung der Schulautonomie nach derzeitigem Entwicklungsstand.	320
3.	Die innere Schulverwaltung	323
3.1.	Besondere Verwaltungsfunktionen der inneren Schulverwaltung...	324
3.1.1.	Der Schulleiter.	324
3.1.2.	Die Schuldirektion/Büro.	326
3.1.3.	Leitende Lehrerfunktionen	327
3.1.4.	Kustos.	328
3.1.5.	Klassenvorstand.	329
3.1.6.	Studienkoordinator.	329
3.1.7.	Prüfungskommissionen.	330
3.1.8.	Funktionsverpflichtung	330
3.2.	Die Lehrerkonferenzen	331
33.	Die Organe der Schulpartnerschaft	332
33.1.	Die Entwicklung der Schulpartnerschaft	332
33.2.	Klassenforum, Schulforum, Schulgemeinschaftsausschuß	334
-*	33.2.1. Zusammensetzung	334
H\	33.2.2. Kompetenzen	335
i>	33.3. Die Elternvereine	336
f •	33.4. Partizipation in der Schule.	337
14.	Die Tätigkeiten des Lehrers aus rechtlicher Sicht	339
4.1.	Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Lehrers.	340
U»	4.2. Aufsichtspflicht	340
*i	4.3. Der Lehrer als Gutachter und Sachverständiger.	341
»,	4.3.1. Der Sachverständige und sein Gutachten	341
Tv	4.3.1.1. Der Sachverständigenbegriff.	341
\ii	4.3.1.2. Grundanforderungen an ein Gutachten.	342
Ü<	4.3.2. Schulnoten als Gutachten	343
\$>	4.3.2.1. Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle schulischer Prüfungs- entscheidungen.	345
Oi		

4.3.2.2.	Funktionen der Leistungsbeurteilung	347
43.3.	Sonstige Gutachten und Leistungsprognosen des Lehrers.	348
4.4.	Der Lehrer als Mitglied von Prüfungskommissionen.	349
4.5.	Der Lehrer als Entscheidungsträger.	351
4.6.	Administrative Aufgaben.	352
5.	Die Weisungsgebundenheit des Lehrers	353
5.1.	Weisungsbefolgung bei administrativen Aufgaben.	355
5.2.	Weisungen in Unterrichts- und Erziehungsaufgaben.	355
5.3.	Weisungen zur Führung der Aufsichtspflicht.	359
5.4.	Gehorsamspflicht bei Gutachtertätigkeiten.	360
5.5.	Die pädagogische Freiheit des Lehrers.	362
6.	Einordnung von Schule und Lehrer in das Verwaltungshandeln des Staates	363
6.1.	Verfahrensfreie Verwaltungsakte.	364
6.2.	Abgrenzung von Hoheitsverwaltung, schlichter Hoheitsverwaltung und nichthoheitlichem Verwaltungshandeln.	367
6.2.1.	Ein „Surfen“ zwischen Rechtsformen.	367
6.2.2.	Der rechtliche Auftrag zu pädagogischem Handeln.	369
6.2.3.	Unterricht und Erziehung als „schlichte“ Hoheitsverwaltung.	370
6.3.	Der Rechtsschutz durch die Amtshaftung.	374

IV. Kapitel: Die Schule im österreichischen Bundesstaat

1.	Österreich als Bundesstaat	377
1.1.	Bundesstaatstheorien	377
1.2.	Die Stellung der österreichischen Bundesländer.	382
1.2.1.	Die Länder in der Monarchie bis 1918.	383
1.2.2.	Die Rolle der Länder bei der Staatsgründung der Republik.	385
1.2.3.	Das Verhältnis von Bundesverfassung und Landesverfassung.	389
1.2.4.	Österreich - ein echter Bundesstaat.	391
2.	Einbettung der Schule in das System der Kompetenzverteilung	394
2.1.	Das Kernstück der Bundesverfassung	394
2.2.	Staatsfunktionen und das Prinzip der Gewaltentrennung	396
2.3.	Die Kompetenz - Kompetenz	398
2.4.	Das Zusammenwirken von Nationalrat und Bundesrat	399
2.5.	Das Einspruchsrecht des Bundes gegen Landesgesetze.	400
3.	Der Kompetenztatbestand Schulwesen.	402
3.1.	Staatliche Schulhoheit und Erziehungsauftrag des Staates.	402
3.2.	Übersicht über den Aufbau der Schulkompetenzartikel.	404
3.3.	Besondere Beschlußfassungserfordernisse bei Schulgesetzen.	406
3.4.	Die Generalklauseln in der Kompetenzverteilung	407
3.4.1.	Die Entwicklung der Schulkompetenzen Richtung Zentralismus...	407
3.4.1.1.	Die Schulkompetenzen in der Monarchie.	407
3.4.1.2.	Kompetenzverschiebungen für den Bund.	408
3.4.1.3.	Generalklauseln für Bund und Länder.	409
3.4.2.	Wesentliche Inhalte der Generalklausel für den Bund.	410

	3.4.3.	Das Hochschulwesen in den Generalklauseln	411
	3.4.4.	Die Kompetenz für Schülerheime	413
	4.	Die Ausnahmen zu den Generalklauseln im Schulwesen	414
<	4.1.	Gesetzgebung Bund - Vollziehung Land	414
I	4.1.1.	Landeslehrerdienstrecht	414
i<	4.1.2.	Grundsatzgesetzähnliche Ermächtigungen	415
!	4.1.3.	Finanzausgleichsregelungen in der Lehrerbesoldung	417
l	4.2.	Grundsatzgesetzgebung Bund - Ausführungsgesetze und Vollziehung Land	419
	4.2.1.	Der Kompetenztypus der Grundsatzgesetzgebung und Ausführungsgesetzgebung	419
f-	4.2.1.1.	Die Wirkungsweise	419
t ,'	4.2.1.2.	Der Sitz des Grundsatzkompetenztypus im B-VG	420
z~	4.2.1.3.	Das Verhältnis von Grundsatz- und Ausführungsgesetz	421
	4.2.2.	Zusammensetzung und Gliederung der Schulkollegien	423
	4.2.3.	Äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen	425
	4.2.3.1.	Der Begriff der „äußeren Organisation“	425
V,	4.2.3.2.	Die Aufteilung der Organisationskompetenz	428
V	4.2.3.3.	Schulerrichtung und Schulerhaltung	430
t'-	4.2.3.4.	Bereitstellung von Hilfs- und Pflegepersonal	431
	4.2.3.5.	Sonderpädagogische Zentren	433
	4.2.3.6.	Der Schulerhalterbegriff im Privatschulrecht	434
	4.2.3.7.	Schulerhalter Bund und die Schulerhalter der öffentlichen Pflichtschule	434
	4.2.4.	Anstellungserfordernisse für Erzieher und Kindergärtnerinnen	435
	4.3.	Gesetzgebung und Vollziehung Land	435
	4.3.1.	Behördenzuständigkeit im Pflichtschullehrerbereich	436
	4.3.2.	Das Kindergarten- und Hortwesen	438
	4.4.	Bundesvorbehalte in Schulkompetenzen der Länder	440
	4.4.1.	Übungsschulen, Übungskindergärten und Übungshorte	440
	4.4.2.	Sonderinstitute	441
	4.4.3.	Bausachen betreffend Bundesgebäude	442
	4.4.4.	Devolution von Landesangelegenheiten an den Bund	442
	4.5.	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen	442
	4.5.1.	Reine Bundeskompetenzen	443
4	4.5.2.	Gemischte Kompetenzbereiche	444
	4.5.3.	Zustimmungsrechte - ein Musterbeispiel für Kompetenzverschränkungen	446
	4.5.4.	Die Fortsetzung des „Schulkompromisses“	447
	4.6.	Zwei besondere schulrechtliche Annexmaterien	448
	4.6.1.	Schulzeitkompetenz	448
	4.6.2.	Schulversuchskompetenz	449
	Dienst- und Personalvertretungsrecht		452
	5.1.	Lehrerdienstrecht und Verwaltungsdienstrecht	452
	5.2.	Leitungsfunktionen auf Zeit	454
	5.3.	Kompetenzregelungen des Dienst- und Personalvertretungsrechtes im Überblick	455
	5.4.	Wahrung der Einheitlichkeit des Lehrerdienstrechtes	456

6. Aufsichtsrechte des Bundes in Landesangelegenheiten	457
7. Minderheitenschulverfassung	459
7.1. Minderheitenrechte als Teil des Kompetenztatbestandes „Bundesverfassung“	460
7.2. Das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten	461
7.3. Das Minderheiten-Schulgesetz für Burgenland	462
8. Die Kompetenz zur Privatwirtschafts Verwaltung	462
9. Regelungen für Anstalten zur Unterweisung in bloßen Fertigkeiten	464
10. Volksbildung, Fernunterricht und außerschulisches Erziehungswesen - die Fortsetzung eines Provisoriums	464
10.1. Der Kompetenztatbestand „Volksbildung“	464
10.1.1. Das Provisorium	464
10.1.2. Eine „monarchische“ Versteinerung	465
10.1.3. Von der Volksbildung zur Erwachsenenbildung	466
10.2. Fernunterricht als Element der Volksbildung	466
10.3. Außerschulische Jugenderziehung	467
11. Eine ausgeprägte Kompetenzlandschaft	468
12. Die Finanzierung des Schulwesens	472
12.1. Grundsätze der Finanzverfassung und des Finanzausgleichs	473
12.2. Besondere Kostentragungsregeln in der Schul Verwaltung	475
12.3. Eine föderalistische Umsetzung des § 2 F-VG in der Schul Verwaltung	478
12.4. Der Konsultationsmechanismus	479
13. Differenzierter und kooperativer Bundesstaat in Schulverfassung und Schulverwaltung	480
13.1. Bundesstaatliche Differenzierungen im Schulwesen	481
13.2. Das Schulwesen als Querschnittsmaterie	487
13.3. Elemente eines kooperativen Bundesstaates im österreichischen Schulwesen	488
13.3.1. Zur Begriffsbildung	489
13.3.2. Koordinierte Gesetzgebung	489
13.3.3. Staatsrechtliche Vereinbarungen (Art 15a B-VG)	490
13.3.4. Verwaltungsrechtliche Verträge	492
13.3.5. Koordinierung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung	494
13.3.6. Kooperation in Schulpolitik und Schulverwaltung	495
14. Grundregeln der Verfassungsinterpretation	497
14.1. Kompetenzkonkurrenz trotz strikter Kompetenztrennung	499
14.2. Versteinerungstheorie	501
14.3. Gesichtspunktetheorie	502
14.4. Adhäsionsprinzip	503
14.5. Berücksichtigungsprinzip	503
14.6. Föderalistische Interpretationsmaxime	504

V. Kapitel: Die österreichischen Schulbehörden

1.	Die obersten Organe der Bundesverwaltung im Schulwesen	508
1.1.	Der Bundespräsident	509
1.2.	Die Bundesregierung	511
2.	Die zentrale Bundesschulverwaltung	514
2.1.	Das Verhältnis zwischen Bundesminister und „seinem“ Bundesministerium	514
2.2.	Das Bundesministeriengesetz	515
2.2.1.	Eine kodifizierte Aufgabenverteilung	515
2.2.2.	Die innere Gliederung der Bundesministerien	517
2.3.	Welche Bundesministerien betreuen die Schule?	518
23.1.	Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	519
23.1.1.	Die Kompetenzen	519
23.1.2.	Dienst- und Fachaufsicht	521
23.1.3.	Das Unterrichtsministerium als Schulbehörde erster Instanz	522
23.1.4.	Beratungsorgane beim Unterrichtsministerium	523
23.2.	Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	525
23.2.1.	Die land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen	525
23.2.2.	Das Land- und Forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz	526
23.2.3.	Schulen nach dem Forstgesetz	527
23.3.	Das Wissenschaftsministerium	527
23.4.	Das Wirtschaftsministerium	529
23.5.	Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	530
23.6.	Das Gesundheitsministerium	531
23.7.	Die Koordinationsaufgaben von Bundeskanzler und Finanzminister..	533
*f 3.	Die Schulbehörden des Bundes in den Ländern und politischen Bezirken....	536
3.1.	Die Verankerung in der Bundesverfassung	537
3.2.	Ein verfassungsrechtlicher Mindestaufgabenbereich der Bundes-schulbehörden	538
3.3.	Monokratische und kollegiale Strukturen in den Schulbehörden ...	540
33.1.	Das monokratische System	540
33.2.	Das Kollegialsystem	541
33.3.	Vor- und Nachteile beider Organisationsarten	543
Die Landesschulräte		544
4.1.	Örtliche und sachliche Grundzuständigkeiten	544
4.2.	Der Landesschulratspräsident	546
4.2.1.	Eine institutionelle Verschränkung	546
4.2.2.	Die Aufgaben des Landesschulratspräsidenten	550
4.2.3.	Das Notverordnungsrecht und „§ 7-Entscheidungen“	551
4.2.4.	Weisungsgebundenheit und Weisungsfreiheit	552
4.2.5.	Rechtliche Verantwortung vor dem Verfassungsgerichtshof	554
43.	Der Amtsführende Landesschulratspräsident	557
43.1.	Die Aufgaben des Amtsführenden Präsidenten	557
43.2.	Das Alter ego des Präsidenten	560
43.3.	Weisungen des Präsidenten an „seinen“ Amtsführenden Präsidenten..	561

4.3.3.1.	Stellvertretung oder eigene Zuständigkeit	562
4.3.3.2.	Rechtsinstrumente zur Interessendurchsetzung	563
4.3.3.3.	Ein Vergleich mit dem Oberbefehl über das Bundesheer.	564
4.4.	Der Vizepräsident des Landesschulrates.	566
4.5.	Das Kollegium des Landesschulrates.	568
4.5.1.	Eine verwaltungsrechtliche Sonderkonstruktion.	568
4.5.1.1.	Organisationskompetenz des Landes für eine Bundesbehörde.	570
4.5.1.2.	Eine beschränkte Weisungsfreiheit	570
4.5.1.3.	Begründungspflicht für eine Weisung wegen Gesetzwidrigkeit....	571
4.5.1.4.	Organbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof.	572
4.5.1.5.	Amtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof.	574
4.5.1.6.	Selbstverwaltungsähnliche Einrichtungen.	575
4.5.2.	Der Bestellungsverfahren	577
4.5.3.	Die stimmberechtigten Mitglieder der Kollegien	579
4.5.3.1.	Träger des politischen Willens.	579
4.5.3.2.	Fraktionen und Sektionen.	580
4.5.3.3.	Funktionsdauer und Funktionsabgeltung.	580
4.5.3.4.	Der doppelte Proporz.	581
4.5.3.5.	Die politischen Parteien im Kollegium	582
4.5.4.	Die beratenden Mitglieder.	584
4.5.4.1.	Vertreter der Kirchen.	584
4.5.4.2.	Schulverwaltungsbeamte und Kammervorteiler.	586
4.5.4.3.	„Weitere“ Mitglieder.	586
4.5.4.4.	Die Funktion der beratenden Mitglieder.	588
4.5.5.	Aufgaben des Kollegiums.	589
4.5.5.1.	Erlassen von Verordnungen.	589
4.5.5.2.	Erlassung von allgemeinen Weisungen.	592
4.5.5.3.	Bestellung von „Funktionären“.	593
4.5.5.4.	Erstattung von Dreierorschlägen bei Ernennungen.	593
4.5.5.5.	Weitere Zuständigkeiten.	594
4.5.5.6.	Politisches Gewicht der Kollegialentscheidungen.	595
4.5.6.	Verschwiegenheitspflicht der Kollegiumsmitglieder.	596
4.5.7.	Freies oder gebundenes Mandat? Repräsentation oder Interessenvertretung?	597
4.5.8.	Die Schulratskollegien als Partizipationsmodell für die Verwaltung?	602
4.5.8.1.	Das Prinzip der Gewaltenteilung oder: die Trennung von Verwaltung und Repräsentation.	602
4.5.8.2.	Die Kollegien - ein Mix aus Beirat und Verwaltungsorgan.	607
4.5.8.3.	Vorteile der Partizipation in der Schulverwaltung	610
4.5.8.4.	Nachteile der Partizipation in der Schulverwaltung	613
5.	Die Bezirksschulräte.	619
5.1.	Örtliche und sachliche Zuständigkeit	619
5.2.	Der Stadtschulrat für Wien.	620
5.3.	Die Organe des Bezirksschulrates	621
5.3.1.	Der Vorsitzende des Bezirksschulrates	622
5.3.2.	Das Kollegium des Bezirksschulrates.	623
5.3.3.	Das Amt des Bezirksschulrates.	625

6.	Verwaltungsstrukturen der Berufspädagogischen und Pädagogischen Akademien	626
6.1.	Entwicklungsstationen der nichtuniversitären Lehrerbildung	626
6.2.	Aufgaben und Aufbau	627
6.3.	Besondere Verwaltungsstrukturen	628
6.3.1.	Das Kuratorium	629
6.3.2.	Der ständige Ausschuß	630
•7.	Sonderbehörden in der Bundesschulverwaltung	631
	7.1. Kommissionen im Weisungszusammenhang des Art 20 Abs 1 B-VG	631
r-	7.2. Weisungsfreigestellte Gutachtingkommissionen	633
J *	7.2.1. Die Aufnahmekommissionen	633
	7.2.2. Begutachtungs- und Weiterbestellungskommissionen	634
?j	7.3. Weisungsfreie Kollegialorgane mit Imperium	635
i\~,	7.3.1. Disziplinarkommissionen	636
\$t	7.3.2. Leistungsfeststellungskommissionen	638
U-	7.3.3. Berufungskommission	640
	7.3.4. Datenschutzeinrichtungen	641
?&	7.3.4.1. Die Kontrollorgane	642
-§i	7.3.4.2. Der Datenschutzrat	642
Öfö	7.3.4.3. Die Datenschutzkommission	643
fg»	7.3.4.4. Das Datenverarbeitungsregister	643
	7.4. Die Bezügekontrollkommission (Kommission gem Art 59b B-VG)	644
	7.5. Die Studienbeihilfenbehörde	646
	7.6. Das Bundespensionsamt	648
	7.7. Die Gebäudeverwaltung der Bundesschulen	648
	7.7.1. Schulgebäudeverwaltung als Auftragsverwaltung	649
	7.7.2. Bundesgebäude Verwaltung I und II	650
	7.7.3. Die Bundesimmobiliengesellschaft	652
	Vertretungsorgane im Rahmen der Schul Verwaltung	655
	8.1. Die Schülervertretung	655
8«	1.1. Die innerschulische Schülermitverwaltung	655
	1.2. Die überschulische Schülervertretung	655
	1.2.1. Die Vertretungsorgane	655
	1.2.2. Ihre Aufgaben	656
	1.2.3. Das Fehlen eines Weisungszusammenhanges	657
	1.2.4. Die Schülervertretung - eine Körperschaft öffentlichen Rechts?...	658
	1.2.5. Ausbau des Partizipationsgedankens	658
	8.2. Die Personalvertretungsorgane	660
	8.2.1. Die Aufgabe der Personal Vertretung und ihre Abgrenzung zur Gewerkschaft	660
	8.2.2. Organe der Personalvertretung	661
	8.2.2.1. Der Dienststellenausschuß	662
	8.2.2.2. Die Dienststellenversammlung	663
	8.2.2.3. Der Fachausschuß	663
	8.2.2.4. Der Zentralausschuß	664
%23.	Rechtspersönlichkeit und Selbstverwaltung der PV-Organen	665

8.2.4.	Das Zusammenwirken der Personal Vertretungsorgane	665
8.2.5.	Die Personalvertretungs-Aufsichtsbehörde	666
8.2.6.	Die Personalsvertretungsorgane für die Landeslehrer	667
8.3.	Einrichtungen zur Förderung der Gleichbehandlung	668
8.3.1.	Die Frau im Bundesdienst	668
8.3.2.	Das Diskriminierungsverbot	670
8.3.3.	Die Gleichbehandlungskommission	671
8.3.4.	Die Gleichbehandlungsbeauftragten	672
8.3.5.	Ministerielle und interministerielle Arbeitsgruppe	673
8.3.6.	Kontaktfrauen	673
9.	Die Schulbehörden der Länder	674
9.1.	Die Dienstbehörden für Landeslehrer	674
9.1.1.	unmittelbare und mittelbare Landesvollziehung oder die Rolle der Bundesbehörden im Landeslehrerdienstrecht	675
9.1.2.	Die allgemeine Landesverwaltung	676
9.1.2.1.	Die Landesregierung und ihr Amt	676
9.1.2.2.	Die Bezirksverwaltungsbehörden	677
9.1.3.	Besondere Zuständigkeitsregelungen im Landeslehrerdienst- hoheitsbereich	679
9.1.3.1.	Burgenland	680
9.1.3.2.	Vorarlberg	680
9.1.3.3.	Salzburg	682
9.1.3.4.	Tirol	683
9.1.3.5.	Kärnten	686
9.1.3.6.	Oberösterreich	686
9.1.3.7.	Niederösterreich	687
9.1.3.8.	Steiermark	687
9.1.3.9.	Wien	688
9.1.4.	Leistungsfeststellungs- und Disziplinarbehörden	689
9.2.	Die Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen	693
9.2.1.	Die Schulbehörden	693
9.2.2.	Der land- und forstwirtschaftliche Schulbeirat	693
9.2.3.	Die Schulaufsicht	694
9.2.4.	Die Kostentragung für den Lehreraufwand	695
9.3.	Die Verwaltungsorganisation für Berufsschulen	695
9.3.1.	Berufsschulbeiräte	695
9.3.2.	Der Gewerbliche Berufsschulrat in Niederösterreich	696
9.3.2.1.	Das Kollegialorgan	696
9.3.2.2.	Der Obmann	696
9.3.2.3.	Das Amt	697
9.3.3.	Sonstige Verwaltungseinrichtungen	697
10.	Die Schulverwaltung der Gemeinden	698
10.1.	Eigener Wirkungsbereich	698
10.1.1.	Die Gemeinde als Schulerhalter	699
10.1.2.	Der Kern der Gemeindeselbstverwaltung	699
10.1.3.	Gemeindeaufsicht	701
10.1.4.	Leistungsansprüche gegenüber der Gemeinde	702

10.2.	Übertragener Wirkungsbereich	702
11.	Die Minderheitenschulverwaltung	703
11.1.	Karaten	705
11.1.1.	Die Utraquistenschule und die Kärntner Schulfrage	705
11.1.2.	Die eigene Schulaufsicht	707
11.1.3.	Das Kärntner Pädagogenmodell - die angenommene Herausforderung	708
11.2.	Burgenland	710
11.2.1.	Vom Landesschulgesetz 1937 zum Minderheitenschulgesetz 1994	710
11.2.2.	Eine eigene Schulaufsicht	712
11.3.	Die Aufforderung zur Mehrsprachigkeit	715
11.4.	Die neue Migration - Schule mit nichtdeutscher Muttersprache	715
11.4.1.	Schulrechtliche Förderungsmöglichkeiten	716
11.4.2.	Grenzen Schulrechtlicher Sonderbehandlung	717
12.	Stiftungen und Fonds im Bereich der Schul Verwaltung	719
12.1.	Stiftungen	719
12.2.	Fonds	720
123.	Das österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau	721
13.	Die Kontrolle der Schulverwaltung	722

1/a

VI. Kapitel: Das Amt des Landeschulrates

Das Organtriumvirat	725
1.1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	725
1.2. Bundesfinanzgesetz und personelle Ausstattung der Schulbehörden	726
Die Geschäfte des Landesschulrates	727
2.1. Der Begriff der „Geschäfte“	727
2.2. Das Amt - Hilfsorgan oder Behörde	728
Das Personal des Amtes	730
3.1. Die Zuweisung des Personals	730
3.2. Geschäftsverteilung und Personaleinteilung des Amtes	731
3.3. Zulässige und unzulässige Eingriffe in die Geschäftsordnungskompetenz	733
3.3.1. Ursachen für unterschiedliche Binnenstrukturen	733
3.3.2. Versteinerungstendenzen durch das Arbeitsplatzbewertungssystem des Bundes	734
3.3.3. Vereinheitlichungstendenzen	735
Der Landesschulratsdirektor	736
4.1. Ein rechtskundiger Verwaltungsbeamter	736
4.2. Der Leiter des inneren Dienstes	738
4.2.1. Der innere Dienst als (Verfassungs-)Rechtsbegriff	738
4.2.2. Die Besorgung der laufenden Angelegenheiten in Selbstverwaltungskörpern	739
4.2.2.1. Obmann und leitender Angestellter in der Sozialversicherung	740

4.2.2.2.	Bürgermeister - Leiter des Gemeindeamtes	741
4.2.3.	Das Rechtsverhältnis von Landeshauptmann und Landesamtsdi- rektor	741
4.2.4.	Kommunikationssysteme des inneren Dienstes	744
4.2.5.	Funktionsbereiche des inneren Dienstes im Amt des Landesschul- rates	745
4.2.5.1.	Die Funktion des inneren Dienstes	745
4.2.5.2.	Eine inhaltliche Konkretisierung	747
4.3.	Geschäftskompetenzen eines Generalmanagers	750
4.4.	LSR-Direktor und LSR-Präsident - eine Kompetenzabgrenzung... .	752
4.4.1.	Persönlichkeitsprofile von Politikern und Beamten	753
4.4.2.	Eine Institutionengarantie	754
4.4.3.	Das tägliche Zusammenwirken	755
	Die rechtskundigen Beamten in der Schul Verwaltung	756
5.1.	Die Aufgaben der Juristen	756
5.2.	Ein modernes Rollenbild für die Juristen	758
	Die Schulinspektoren	759
6.1.	Rechtliche Voraussetzungen für den Schulaufsichtsdienst	759
6.2.	Arten der Schulaufsichtsbeamten	759
6.3.	Aufgaben der Schulaufsichtsbeamten	761
6.3.1.	Schulinspektion	761
6.3.1.1.	Die Rechtsgrundlage	761
6.3.1.2.	Inhalt der Schulinspektion	763
6.3.1.3.	Die Durchführung	763
6.3.2.	Pädagogisch-administrative Aufgaben	765
6.3.3.	Die Aufgaben zur Qualitätssicherung	766
6.4.	Die Zukunft der Schulaufsicht	767
6.4.1.	Die Suche nach einem neuen Rollenbild	767
6.4.2.	Trennung von Beratungs- und Dienstrechtskompetenz	768
6.4.3.	Die Brückenfunktion	769
6.4.4.	Das Schulaufsichtsdilemma	771
	Die Schulpsychologie - Bildungsberatung	773
7.1.	Ziel und Grundstruktur	773
7.2.	Aufgabenbereiche	774
7.3.	Ein Organisationsstatut mit „Schönheitsfehlern“	775
7.4.	Eine gefragte Servicestelle	776
	Das sonstige „erforderliche Personal“	778
8.1.	Der Landesschularzt	778
8.2.	Andere Einrichtungen im Rahmen der Schulbehörden	780
8.3.	Die aktuelle Personalausstattung	781

Band II

Der Weg zur Reform - Vorwort zum zweiten Band	3
Inhaltsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	33

VII. Kapitel: Problemfelder in der Österreichischen Schulverwaltung

Veränderungen im Umfeld der Schule	41
1.1. Veränderte Werthaltungen	42
1.2. Veränderungen in der Familienstruktur	44
1.3. Weitere gesellschaftliche Binnenprobleme	46
1.4. Österreich in Europa und der Welt	48
2. Kompetenzrechtlich verursachte Dissonanzen in der Schul Verwaltung	51
2.1. Strukturprobleme und pädagogische Herausforderungen	51
2.2. Kompetenzzersplitterungen	53
2.3. Das Übergewicht des Bundes	53
2.4. Die Verwaltungsaufteilung im postsekundären Bildungsbereich	55
2.5. Die Zuständigkeiten für Pädagogische Akademien und Zentral- lehranstalten	56
2.5.1. Ein Systembruch	56
2.5.2. Eine verfassungswidrige Unterstellung	57
2.6. Akademien und (Fach)Hochschulen im Niveauvergleich	58
2.7. Der Bestellungsmodus der Kuratorien an den Pädagogischen Aka- demien	59
2.8. Das Eigenleben der landwirtschaftlichen Schulen	60
2.9. Die Kompetenzen für die Lehrlingsausbildung	62
2.10. Die langen Dienst- und Informationswege	62
2.10.1. Die Dienstwege	62
2.10.2. Nachbesetzungsverfahren freier Planstellen	63
2.10.3. Koordination der Datenflüsse	67
2.10.4. Die Gleichwertigkeit der Lehrgänge zur Berufsreifepfung	69
2.10.5. Der Einfluß der politischen Parteien und die Gewaltenteilung	69
2.10.6. Parteipolitik in der Schul Verwaltung	69
2.10.7. Beamtenfunktionen auf Zeit	70
2.10.8. Einforderung der Gewaltenteilung in der Schulverwaltung	71
2.10.9. mrganisationsrechtlich geprägte Problemfelder	72
2.10.10. X. Dissonanzen im Budgetvollzug	72
2.10.11. \\. Das Fehlen von Haushaltsrücklagemöglichkeiten	73
2.10.12. i .2.. Weiterhin zentrale Budgetentscheidungen und -vorgaben	73
3. Ein Grundbudget zur Sicherung der Budgetautonomie	74
3.1. Integration behinderter Kinder in allgemeine Schulen	75
3.2. Die rechtliche Ausgangslage	75
3.3. Strukturprobleme der Integration	77
3.4. Schulzeitrechtliche Barrieren	80

3.4.	Alternative Privatschulen	81
3.4.1.	Eine Herausforderung für die öffentliche Schule	81
3.4.2.	Die Gleichwertigkeitsprüfung	82
3.4.3.	Das Fehlen eines allgemeinen Subventionsanspruches.	83
3.5.	Schulversuche mit Legalitätsproblemen.	83
3.6.	Das 9. Jahr der Schulpflicht	86
3.6.1.	Die Polytechnische Schule.	86
3.6.2.	Die 1. Stufe der mittleren und höheren Schulen.	88
3.7.	Berufsorientierung, Schullaufbahnberatung und Aufnahmeprüfung...	88
3.8.	Die Durchlässigkeit des Schulwesens für Berufs- und Fachschüler	90
3.9.	Neugliederung des berufsbildenden Schulwesens.	92
3.10.	Die Schulgeldfreiheit auf dem Prüfstand.	92

VIII. Kapitel: Dezentralisierung in anderen europäischen Schulverwaltungen

1.	Zuständigkeiten im Bereich der allgemeinen Schulverwaltung.	97
1.1.	Typen von Bildungsverwaltungssystemen.	98
1.1.1.	Zentralistische Verwaltungssysteme.	99
1.1.2.	Verwaltung mit zentraler und regionaler Ebene.	101
1.1.3.	Dezentralisierte Verwaltungssysteme.	102
1.2.	Schulaufsicht und externe Evaluierung.	103
1.2.1.	Funktion und Rolle der Schulaufsichtsbeamten.	104
1.2.2.	Externe Evaluierung (Schulaufsichtsbehörden).	106
1.2.3.	Interne Evaluation.	109
1.3.	Verwaltung in der Schule.	110
1.3.1.	Die Rolle des Schulleiters.	110
1.3.2.	Gremien der Schulpartnerschaft (Schulkonferenz).	112
1.3.3.	Koordinierungs- und Beratungsorgane für Erziehung und Unterricht.	113
1.4.	Administrative Dezentralisierung und Schulautonomie.	114
1.5.	Entwicklungstendenzen.	116
2.	Die österreichischen Bildungsnachbarn in der EU.	117
2.1.	Schulverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland.	117
2.1.1.	Die Bundeskompetenz und die starke Stellung der Länder.	117
2.1.2.	Besondere Länderkooperationen.	122
2.1.2.1.	Zusammenwirken von Bund und Ländern.	122
2.1.2.2.	Die Kultusministerkonferenz.	123
2.1.3.	Trägerschaft, Verwaltung und Aufsicht.	125
2.1.3.1.	Allgemeinbildende Schulen.	125
2.1.3.2.	Berufliche Bildung.	127
2.1.4.	Die deutsche Einheit - ein Testfall für den kooperativen Bundesstaat.	128
2.2.	Schulverwaltung in Italien.	129
2.2.1.	Ein dezentralisierter Einheitsstaat.	129
2.2.1.1.	Die Verteilung der Kompetenzen.	129
2.2.1.2.	Dezentralisierungstendenzen in der Schulverwaltungsstruktur.	130

	2.2.2.	Zentrale Verwaltung	133
	2.2.3.	Zentrale Beratungsgremien	134
	2.2.4.	Bildungsverwaltung auf der Ebene der Regionen und Provinzen...	134
	2.3.	Die Schulverwaltung in Südtirol	136
	2.3.1.	Ein kurzer Rückblick	137
	2.3.2.	Die Sonderstellung Südtirols in Italien	138
	2.3.3.	Besonderheiten in der Schulverwaltung	141
	2.3.3.1.	Gesetzgebungsbefugnisse des Landes	142
	2.3.3.2.	Muttersprachlicher Unterricht und Zweisprachunterricht	143
	2.3.3.3.	Muttersprache der Lehrer	144
	2.3.3.4.	Verschiedene Arbeitgeber	144
	2.3.3.5.	Getrennte Schulverwaltungen	145
d-	2.3.4.	Die Verwaltung der deutschsprachigen Schule Südtirols	146
*	2.3.4.1.	Zuständigkeiten der Landesregierung	146
C ^N	2.3.4.2.	Zuständigkeiten des Unterrichtsministeriums	146
&	2.3.4.3.	Das Schulamt für die deutsche Schule	147
	2.3.4.4.	Die Schulinspektoren	148
4	2.3.5.	Der Landesschulrat	149
	2.3.6.	Personalräte	150
	2.3.7.	Schulische Mitbestimmungsgremien	151
'	2.3.8.	Vertiefung der Zusammenarbeit von Tirol und Südtirol	152
i	Beispiele	zentraler und dezentraler Schul Verwaltung in der EU	153
i	3.1.	Belgien	153
i	3.1.1.	Ein neuer Bundesstaat	153
	3.1.2.	Drei Bildungssysteme	153
	3.1.3.	Drei Schulaufsichtssysteme	155
	3.2.	Frankreich	156
	3.2.1.	Dezentralisation auch in Frankreich	156
r.	3.2.2.	Zentrale Behörden	158
	3.2.2.1.	Das Bildungsministerium	158
	3.2.2.2.	Die oberste Schulaufsichtsbehörde (Inspection generale)	159
'	3.2.2.3.	Beratungsgremien	159
	3.2.3.	Regionale Behörden	160
	3.2.4.	Die innerschulische Verwaltungsorganisation	162
'	3.2.5.	Die Privatschulen	163
	3.3.	Niederlande	163
	3.3.1.	Die herausragende Rolle des Privatschulwesens	164
	3.3.1.1.	Die Freiheit des Bildungswesens	164
3«	3.1.2.	Der Rest an Gemeinsamkeit	165
1.3.13.	(K)Ein Vergleich mit dem österreichischen Privatschulrecht	166	
1*32	Eine Kombination von Zentralstaat und Lokal Verwaltung	167	
u3.3.	Beratungsgremien und unterstützende Dienste	169	
1.3.4.	Schulaufsicht	170	
14	Spanien	171	
i.4.1.	Staatliche Zuständigkeiten	171	
1.2.	Die Zuständigkeiten der Autonomen Gemeinschaften	172	
	Ministerium für Bildung und Wissenschaft	174	
1.4.	Beratungsgremien	175	

3.4.5.	Regionale Ebene - Autonome Gemeinschaften	175
3.4.5.1.	Vollzuständige Gemeinschaften	175
3.4.5.2.	Teilzuständige Gemeinschaften	176
3.4.6.	Schulaufsicht	176
3.4.7.	Neue Gesetze im Bildungsbereich	177
3.5.	Portugal	179
3.5.1.	Einführung regionaler Schulbehörden	179
3.5.2.	Zentrale Verwaltung	181
3.6.	Vereinigtes Königreich	182
3.6.1.	Education (Reform) Act	182
3.6.2.	England, Wales und Nordirland	185
3.6.2.1.	Zentrale Behörden	185
3.6.2.2.	Schulaufsicht	186
3.6.2.3.	Örtliche/regionale Bildungsbehörden	188
3.6.2.4.	Die Schulverwaltungsräte	190
3.6.2.5.	Grant-maintained schools	192
3.6.2.6.	Independent schools	192
3.6.2.7.	Furtner education institutions	193
3.6.2.8.	Die Sondersituation in Nordirland	193
3.6.3.	Schottland	194
3.6.3.1.	Zentrale und regionale Zuständigkeiten	195
3.6.3.2.	Die School Boards	196
3.6.3.3.	Schulen mit Selbstverwaltung (self-governing schools)	196
4.	(K)Ein Vorbild für Österreich	196

IX. Kapitel:

Notwendige Strukturänderungen für eine moderne Schulverwaltung

1.	Das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsmaßstab	202
1.1.	Das Zwiebschalenkonzept	203
1.2.	Die gegliederte Demokratie	204
1.3.	Schlüssel für eine sinnvolle Aufgabenverteilung	205
2.	Umstrukturierung der Zuständigkeiten von BMUKA - LSR - Schule	206
2.1.	Eine neue Aufgabenverteilung	206
2.2.	Ein allgemeines Aufgabenzuordnungsprinzip	208
2.3.	Anwendungsbeispiele für das Zuordnungsprinzip	209
2.4.	Kostenrechnung für die Schulen als Beitrag eines Qualitätssicherungsprozesses	210
2.5.	Delegation des Ernennungsrechtes von Beamten an die Landeschulräte	213
2.5.1.	Ernennungen in der Allgemeinen Verwaltung	215
2.5.2.	Ernennungen im Lehrerbereich	216
2.6.	Strategische Aufgaben für Landes- und Bezirksschulräte	217
2.7.	Zusammenführung der zentralen Bundeszuständigkeiten	218
2.8.	Das magische Dreieck der Kompetenzverteilung	218
3.	Schulbehörden mit Holdingcharakter?	219

3.1.	Der Begriff der Holding im Gesellschaftsrecht	220
3.2.	Die Schulholding als Finanz- oder Führungsholding	221
3.3.	Abgrenzung von strategischen und operativen Führungsaufgaben..	222
3.3.1.	Strategische Aufgaben des Unterrichtsministeriums	224
3.3.2.	Operationale Aufgaben der nachgeordneten Schulbehörden	224
3.3.3.	Taktische Planung - als Bindeglied	225
3.3.4.	Strategisches und operatives Controlling	226
3.3.4.1.	Aufteilung der Controlling Funktionen in der Schul Verwaltung....	227
3.3.4.2.	Controlling in einer dezentralisierten Schul Verwaltung.	228
3.4.	Schulholding als Dach- oder Zwischenholding	231
3.5.	Vorteile einer Holdingstruktur in der Schulverwaltung	233
3.5.1.	Entscheidungsautonomie	233
3.5.2.	Informationsautonomie	234
3.5.3.	Reduzierung und Beherrschung von Komplexitäts- und Risikofak- toren	234
3.5.4.	Erhöhung der Motivation auf den sachgeordneten Unternehmen- sebenen.	235
3.6.	Der Holdingbegriff als Arbeitstitel.	235
	Stärkung der innerschulischen Verwaltungsstrukturen.	238
4.1.	Die Frage nach der Adäquanz innerschulischer Strukturen.	238
4.2.	Der Schulleiter als Schlüsselfigur und Schwachstelle.	240
4.3.	Vorgegebene hierarchische Strukturen.	241
4.4.	Hierarchische Strukturen ohne Gesetzesgrundlage.	242
4.5.	Aufgaben eines „Gruppenleiters“.	243
4.6.	Stärkung der Funktion des Klassenvorstandes.	243
4.7.	Ein Netzwerk schulinterner Verwaltung.	244
4.8.	Komplementäre interne und externe Strukturen.	245

X. Kapitel:

Notwendigkeit einer Verfassungsänderung als Grundlage für eine moderne Schulverwaltung

	Stärkung der Landeskompetenzen im österreichischen Schulwesen.	249
1.1.	Das Konzept der mittelbaren Bundesverwaltung.	251
1.2.	Einbindung des Schulwesens in Artikel 11 B-VG.	254
il.3.	Einbindung des Schulwesens in Artikel 12 B-VG.	255
l.4.	Abgrenzung Grundsatzgesetzgebung - Ausführungsgesetzgebung .	257
tl.5.	Verwirklichung eines Teilungsmodells der Gesetzgebungskompetenz .	260
i 1.5.1.	Das Modell der Rahmengesetzgebung	261
11.5.2.	Das Modell der Bedarfsgesetzgebung.	261
i.li.5.3.	Das Modell der konkurrierenden Kompetenzen.	262
	Das Modell der Gesetzesdelegation.	263
ljpL5.5.	Würdigung der Teilungsmodelle unter schul verfassungspoliti- sehen Gesichtspunkten.	263
j	Vorteile einer Stärkung der Länderrechte im Schulwesen.	264
	Nachteile einer stärkeren Verländerung	265

1.8.	Hürden auf dem Weg der Verländerung	266
2.	Die Einbindung des landwirtschaftlichen Schulwesens in die allgemeine Unterrichtsverwaltung	269
3.	Neue Vertragsformen für die Schul Verwaltung	270
3.1.	Öffentlich-rechtliche Vertragsformen	270
3.1.1.	Koordinationsrechtlicher und subordinationsrechtlicher Verwal- tungsvertrag	270
3.1.2.	Ein weites Feld verwaltungsrechtlicher Zusammenarbeit	271
3.1.3.	Möglichkeiten öffentlich-rechtlicher Zusammenarbeit im Schul- wesen	272
3.2.	Ein „Schulprivatrecht“	276
4.	Beendigung des Verfassungsprovisoriums für die Erwachsenenbildung und die außerschulische Jugendziehung	277
5.	Ein einheitliches Lehrdienstrecht	280
5.1.	Das „Zwei-Klassen“-Dienstrecht oder Zuständigkeitsbarrieren im Lehrerdienst	280
5.2.	Verwirklichung des Harmonisierungsgebotes im Lehrerdienstrecht...	282
6.	Der Landesschulrat als Sonderbehörde des Landes	284
6.1.	Eine neue Grundstruktur	284
6.1.1.	Beseitigung von Doppelgleisigkeiten	284
6.1.2.	Integration als Ansatz zur Schulverwaltungsreform	284
6.1.3.	Abschaffung des Landesschulrates	285
6.1.4.	Eine Landessonderbehörde	286
6.1.5.	Partizipation in der Schulverwaltung ohne Parteipolitik	288
6.1.5.1.	Entparteiopolitisierung der Kollegien	288
6.1.5.2.	Ein Landesschulgemeinschaftsausschuß	291
6.1.6.	Eine Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag beim Landes- schulrat	292
6.2.	Alte und neue Verantwortungsstrukturen für den (Amtsführenden) Präsidenten	294
6.2.1.	Entideologisierung durch eine beamtete Behördenleitung	294
6.2.2.	Gründe für die Beibehaltung einer politischen Behördenleitung	295
6.2.2.1.	Ankerfunktion	295
6.2.2.2.	Abgrenzungsfunktion	295
6.2.2.3.	Die „Regenschirmfunktion“ oder der Präsident als Element der Selbstverwaltung	296
6.2.2.4.	Eine direkte Verantwortungsfunktion	296
6.3.	Abschaffen oder aufwerten: Der Vizepräsident	297
6.4.	Das Gesamtbild Landesschulrat-neu	299
7.	Verfassungsrechtliche Verankerung der Schulautonomie	299
7.1.	Verankerung der Weisungsfreiheit der Schule	300
7.2.	Die Einrichtung der Schule als Selbstverwaltungskörper	301
7.2.1.	Selbstverwaltung als Alternative zu direkter Staatsverwaltung	301
7.2.2.	Einrichtung schulischer Selbstverwaltung durch einfaches oder Verfassungs-Gesetz	303
7.3.	Verankerung der pädagogischen Freiheit der Lehrer	305
7.3.1.	Rechtsstaatsprinzip und pädagogische Verantwortung - ein Span- nungsfeld	305

	7.3.1.1.	Ein neues Rollenverständnis	306
	7.3.1.2.	Die pädagogische Verantwortung im Schulunterrichtsgesetz	306
	7.3.1.3.	Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung	307
	7.3.1.4.	Lehrfreiheit im Sinne des Art 17 StGG	307
I	7.3.1.5.	Der Lehrer als pädagogischer Arzt	308
o	7.3.1.6.	Die pädagogische Freiheit als verfassungsrechtlich positiver Wert	309
&	7.3.2.	Konzepte für eine einfachgesetzliche Lösung	310
"	7.3.3.	Ein Ruf nach dem Verfassungsgesetzgeber	312
,	7.3.4.	Grenzen der pädagogischen Freiheit	314
	7.4.	Verwaltungsmäßige Schulautonomie	315
	7.5.	Vertiefung der Teilrechtsfähigkeit der Schulen	316
	7.5.1.	Die Teilrechtsfähigkeit der Universitäten	317
	7.5.2.	Die Rechtspersönlichkeit der Bundesmuseen	320
	7.5.3.	Weitere Teilrechtsbereiche für die Schulen	321
	7.5.4.	Teilrechtsfähigkeit und zweckgebundene Gebarung im Pflichtschulbereich	324
	7.6.	Die Wesentlichkeitstheorie	325
	7.7.	Schranken und Grenzen einer Ausweitung der Schulautonomie....	327
	7.7.1.	Schranken aus dem Wesen der öffentlichen Schule	327
	7.7.2.	Materiell Öffentlichrechtliches in privater Form	328
	7.7.3.	Unkontrollierbare Satelliten - Schranken aus der Organisationsge-	
Ff	walt		329
ff.	7.7.4.	Die Demokratie-Schranke	330
	7.7.5.	Gesetzmäßigkeit und Rechtsschutz	331
	7.7.6.	Die Föderalismus-schranke und die Wahrung der staatlichen Sou-	
	veränität		333
	7.7.7.	Grundrechtsschranke	334
	Neubestimmung von „öffentlicher und privater Schule“		335
	8.1.	Verfassungsrechtliche Verankerung eines neuen Schulbegriffes_____	336
	8.2.	Die Entwicklung des Begriffes der öffentlichen Schule	336
	8.3.	Die Notwendigkeit eines erweiterten Öffentlichkeitsbegriffes	337
	8.4.	Verfassungsrechtliche Erziehungsziele	339
pne	neue	Qualität der Schulaufsicht	341
	9.1.	Evaluation als Preis der Autonomie	341
	.9.2.	Systemberatung und Systemkontrolle	342
	9.3.	Eine Landesschulaufsicht	344
l\$.4.	Szenario einer Schulaufsicht - neu		345
	tertiäre Bildungsbereich - ohne Mitwirkung der Länder?		346
	0.1.	Hochschulwesen	346
	0.2.	Fachhochschulen	348
	.2.1.	Das Fachhochschul-Studiengängegesetz	348
	02.2.	Die Mitwirkung der Länder	349
	3.	Koordination der gesamten Lehrerbildung durch die LSR	350
K,	Die Bestellung der Lehramtsprüfungskommissionen		351
	qualifizierte Bundesgesetzgebung - Stütze oder Klumpfuß?		352
	rung der Finanzverfassung		356
	Der Finanzausgleich		356
	.2.	Verknüpfung von Aufgabenkompetenz und Finanzhoheit	358

XI. Kapitel: Auswirkungen des EU-Beitrittes auf das österreichische Schulwesen

1. Bildungsspuren auf dem Weg nach Europa	361
2. Die Struktur der EU als Vertragsgemeinschaft	364
3. Auswirkungen des Vertrages von Amsterdam auf die Bildung	366
3.1. Ein weiterer Schritt der europäischen Integration	366
3.2. Materielle und strukturelle Änderungen	367
3.3. Verstärkung des Grundrechtsschutzes und der Subsidiarität	368
3.4. Vereinfachung und Kodifizierung der Verträge	369
4. EU-Anpassungen im Schulbereich	369
4.1. Der EU-Lehrer oder das Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Beschäftigung in der öffentlichen (Schul-)Verwaltung	369
4.1.1. Das Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer	369
4.1.2. Einschränkung der Freizügigkeit in der öffentlichen Verwaltung	371
4.1.3. Das EWR-Dienstrechtsanpassungsgesetz	372
4.1.4. Das Unterrichtspraktikum für allgemeinbildende Lehrer	373
4.1.5. Ausstellung eines Dienstzettels für Fremdsprachenassistenten	374
4.2. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Bildungswesen	374
4.2.1. Nichtdiskriminierung im Schülerbeihilfenwesen	374
4.2.1.1. Anpassungen bei Schul- und Heimbeihilfen	376
4.2.1.2. Konformität bei Schülerfreifahrt und Gratisschulbuch	376
4.2.2. Aufnahme in eine öffentliche Schule	377
4.2.3. Privatschulgesetz	377
4.3. Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern	378
4.4. Reiseerleichterungen für Schüler aus Drittländern	380
4.5. Einbindung der Länder in EU-Bildungsfragen	380
5. Subsidiarität als Handlungsprinzip der EU	382
5.1. Regionalistische Tendenzwende in Europa	382
5.2. Subsidiarität nach Maastricht	383
5.2.1. Die Verankerung der Subsidiarität im EU-Vertrag	383
5.2.2. Der Artikel 3bEGV	384
5.2.3. Justitiabilität des Subsidiaritätsprinzips	385
5.3. Die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips durch den Vertrag von Amsterdam	387
5.4. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue	388
5.5. Der Ausschuß der Regionen	389
5.6. Subsidiarität als Bauprinzip eines europäischen (Bildungs-)Föderalismus	390
6. Allgemeine und berufliche Bildung im EG-Vertrag	391
6.1. Die Regelungen in den römischen Verträgen	391
6.2. Bildungskompetenzen nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam	393
6.2.1. Die Bildungskompetenzen der EG	394
6.2.2. Verstärkung des Einflusses von Parlament und des Ausschusses der Regionen	396
7. Das Bildungswesen berührende Verfahrensfragen und andere Grundbegriffe im EG-Vertrag	397

u	7.1.	Die Handlungsformen und ihre Wirkung	398
	7.2.	Die Rechtsetzungsverfahren im EGV	401
	7.2.1.	Das Verfahren der Anhörung	402
	7.2.2.	Das Verfahren der Mitentscheidung	402
	7.2.3.	Das Verfahren der Zusammenarbeit	403
	7.3.	Auswirkungen der Verfahrensfragen	404
	7.4.	Die normative Wirkung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs	406
	:	Die gegenseitige Anerkennung von Diplomen	408
	8.1.	Entwicklung der Anerkennungsregelungen	408
	8.1.1.	Die Übergangsrichtlinien	410
	8.1.2.	Sektorielle Richtlinien	410
	8.1.3.	Horizontale Richtlinien	411
	8.1.4.	Vertragsgrundlagen für die Anerkennungsrichtlinien	412
	8.2.	Akademische und berufliche Anerkennung	412
	8.3.	Hochschul- und Diplomanerkennung	414
	8.3.1.	Hochschul- und Diplomanerkennungsrichtlinien	414
	; 8.3.1.1.	Ausgleichsmaßnahmen	415
	; 8.3.1.2.	Die Durchstiegsregel	416
f	83.2.	Die europäische Anerkennung der berufsbildenden Schulen Österreichs	417
	83.2.1.	Antrag C und D der Richtlinie 92/51/EWG	417
	83.2.2.	Die Gleichstellung der höheren berufsbildenden Schulen	418
	8.4.	Die Anerkennung im öffentlichen Dienst	418
l*	85.	Der Lehrerberuf in der EU	419
	8.5.1.	Das Fehlen eines einheitlichen Lehrerbegriffes	419
fc#»	5.2.	Die Lehrerausbildung in den Mitgliedstaaten	420
	8.5.3.	Die gegenseitige Anerkennung der Lehrerausbildung	421
	8.6.	Die Gleichstellungsverfahren	422
	8.6.1.	Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen	423
^	6.2.	'Einspänner' und die Zweifächerkombination	424
;	\$.6.3.	Die Schwerfälligkeit des Anerkennungsverfahrens kontra Dienstleistungsfreiheit	425
		lungseinrichtungen der EU	426
		Das Europakolleg	427
		Das Europäische Universitätsinstitut	427
	•	Einfluß der EU auf die österreichische Schulverwaltung	428
	1.	Der sanfte Druck	428
		Bildungsforschung in Europa	429
	11.	EURIDICE	429
	12.	CEDEFOP	430
	3.	Die OECD und das Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen	431
		Die Bildungsprogramme der EU	432
		Das Entstehen der Bildungsprogramme	432
		Das Bildungsprogramm SOKRATES	434
		ERASMUS	434
	1,2.2.	COMENIUS	436
	13.	LINGUA, EURYDICE, ARION und NARIC	437

10.3.3.	Das Bildungsprogramm LEONARDO.	439
10.3.4.	Weitere Aktionsprogramme im Bildungsbereich	441
10.3.5.	Ein Europa des Wissens.	442
10.3.6.	Das Büro für Europäische Bildungskooperation.	443
10.4.	Steigende Bedeutung der Lehrerfortbildung	445
10.5.	Europäischer Raum der Qualifikationen.	446
10.5.1.	Vermehrte Transparenz der Kompetenz des einzelnen.	446
10.5.2.	Ein Berufsbildungs-Paß.	447
10.6.	Anpassung von Ausbildungsstrukturen an EU-Standards.	448
10.7.	Ein Hoffnungsschimmer für die Erwachsenenbildung	449
10.8.	Ausbau des Fernunterrichts.	451
10.9.	Strategien gegen Schulversagen	452
10.10.	Schulwechsel	454
11.	Europabewußtsein und Heimatverbundenheit	454
11.1.	Die europäische Dimension in der Bildung	455
11.2.	Der neue Regionalisierungsdruck des EU- Binnenmarktes.	456
11.3.	Investieren, Verbessern, Transparentmachen.	458

XII. Kapitel: Schule und Schulbehörden - zwei starke Partner

1.	Die Verwaltung als Rückgrat jeden Schulbetriebes.	459
2.	Einheit in der Vielfalt oder eine kooperative Autonomie.	461
3.	Die Entwicklung zum differenzierten und kooperativen Schulsystem.	462
4.	Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Länder.	465
5.	Verknüpfung von Regionalisierung und Schulautonomie.	467
6.	Eine schlanke Schulverwaltung.	469
6.1.	Verwaltung im Wohlfahrtsstaat	470
6.2.	Das Konzept des Lean Management	471
7.	Organisationsentwicklung in der Schulverwaltung	472
8.	Ein Leitbild für die Schulbehörden.	474
8.1.	Identitätsstiftung in wettbewerbsbeeinflußten Steuerungsstrukturen...	475
8.2.	Leitbildhierarchie.	475
8.3.	Schul Verwaltung als öffentlicher Dienst	476
9.	Hebung des Marktwertes von Schule und Schulverwaltung.	477
9.1.	Unternehmensidentität und Imagepflege.	477
9.2.	Zielbestimmung vor Organisationsreform.	478
10.	Realisierungschancen einer großen Schulreform.	479
10.1.	Stand der politischen Aktien für eine Reform.	480
10.2.	Die Grundpfeiler der Reform.	482
10.3.	Das Einmaleins einer Schul Verwaltungsreform.	483
10.4.	Die Unentbehrlichen für eine Reform - Veränderung der Mentalität	485
10.4.1.	Die Lehrerschaft	485
10.4.2.	Die Mitarbeiter in den Schulbehörden.	486
10.4.3.	Die Politiker.	486
10.4.4.	Die Länder.	487

10.5.	Wider die menschliche Ermüdung	488
10.6.	Was auf Verwirklichung hoffen läßt	489
11.	Ein differenziertes Legalitätsprinzip	489
11.1.	Zwischen den Eigengesetzlichkeiten von Schule und Rechtsstaat..	489
11.2.	Das Lied von der Verrechtlichung der Schule.	490
113.	Der Ausgleich von Freiheit und Bindung	491
r 2.	Der Raum für schulische Selbstverwaltung trotz Gesetzmäßigkeitsprinzip ...	493
12.1.	Die autonome Schule in einem Kammersystem.	494
12.2.	Die Steuerkräfte von Staat und Markt in Balance.	495
Das Ziel: eine gute, humane, verrechtlichte und gerechte Schule.	496	
13.1.	Die gute Schule.	496
13.2.	Die humane Schule.	497
133.	Die verrechtlichte Schule.	498
13.4.	Die gerechte Schule.	498
[^] Schule und Demokratie.	499	
14.1.	Die Bedeutung der Schule für Staat und Demokratie.	499
14.2.	Der Beitrag der Schule zur Sicherung der Freiheit	501
143.	Motivation durch das Recht - Festigung der Rechtsgesinnung	501
[^] 14.4.	Schola semper reformanda	503
	505
	i- und Literaturverzeichnis.	519
	sichnis.	579